

3. *The same, only different*

Die *Fridays for Future*-Demonstrierenden im europäischen Vergleich

Michael Neuber, Piotr Kocyba, Beth Gharrity Gardner

Die Klimabewegung hat mit den weltweiten Mobilisierungserfolgen der *Fridays for Future* eine bemerkenswerte Entwicklung genommen. Ihr ist es gelungen, Aktionen mit vergleichsweise hohen Teilnehmer_innenzahlen unabhängig von Schlüsselereignissen wie den UN-Weltklimakonferenzen zu machen und damit deutlich häufiger öffentlichkeitswirksam auf der Straße aktiv zu sein, als ihre Vorläufer (Almeida 2019; de Moor 2018). Aus den freitäglichen Schulstreiks Greta Thunbergs im Jahr 2018 entwickelten sich im Folgejahr vier *Globale Klimastreiks*.¹ Am mehrtägigen Globalen Klimastreik (*Global Week for Future*) im September 2019 – dem bisherigen Höhepunkt der Mobilisierung – nahmen weltweit rund 7,6 Millionen Menschen in 185 Ländern an über 6.000 friedlichen Demonstrationen teil, um für ein Umlenken in der Klimapolitik zu demonstrieren (Chase-Dunn/Almeida 2020; Emilsson u. a. 2020; de Moor u. a. 2020).

Vor dem Hintergrund, dass sich über *Fridays for Future* die Stoßkraft verschiedener nationaler Umweltbewegungen vereinigen ließ, ist die besondere Stellung der Bewegung innerhalb der klimapolitischen Debatte interessant. Im weiteren Sinn knüpft hier *Fridays for Future* an die politische Argumentation an, die in der globalen Umwelt- oder Klimagerechtigkeitsbewegung seit Mitte der 1990er-Jahre geführt wird (Almeida 2019; Dietz/Garrelts 2013). *Fridays for Future* erneuert die Forderungen nach einer global koordinier-

1 Der erste international organisierte Klimastreik fand am 15. März 2019 statt. Weitere folgten am 24. Mai, am 20. September und am 29. November des gleichen Jahres. Im Folgenden beziehen wir uns mit dem Begriff »Klimastreik« auf diese von den Aktivist_innen so bezeichnete Aktionsform der Großdemonstrationen.

ten Durchsetzung der Klimapolitik, betont dabei aber die drastischen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, die mit den Folgen des Klimawandels verbunden sind. Die Umweltzerstörung wird nicht nur als Resultat bereits existierender Strukturen sozialer und ökonomischer Ausgrenzung angesehen, sondern auch mit einer weiteren Verschärfung von Exklusionsprozessen verbunden. Im Gerechtigkeitsdiskurs der Klimabewegung werden unterschiedliche Ungleichheitsaspekte wie beispielsweise Geschlechtergerechtigkeit (Agostino/Lizarde 2012; Terry 2009) und ethnische Diskriminierung (Cole/Foster 2001; Martinez-Alier u. a. 2016) adressiert. Der *Fridays for Future*-Bewegung ist es innerhalb dieses Gerechtigkeitsdiskurs gelungen ein eigenständiges Profil zu entwickeln, indem sie die Bedeutung der Generationen für die Problematik hervorhebt.

Mit ihrem Primärziel der weltweiten Reduktion von Treibhausgasen und insbesondere der CO₂-Emissionen ist *Fridays for Future* zwangsläufig an eine internationale Mobilisierungsstrategie gebunden. Das bedeutet, dass den global vernetzten Protesten zumindest auf einer allgemeinen Ebene sehr ähnliche Anliegen zugrunde liegen sollten. Da der Großteil der Mobilisierungsarbeit aber lokal, d.h. im Rahmen der jeweiligen nationalen sozialen und kulturellen Bedingungen sowie innerhalb der spezifischen politischen Strukturen stattfindet, ist davon auszugehen, dass sich im Detail Unterschiede zwischen den Klimaprotesten zeigen, was die eingesetzten Reper-toires, sozialstrukturelle Verortung und politischen Einstellungen der Protestierenden anbetrifft. In der Protest- und Bewegungsforschung wird seit Langem die Bedeutung des politischen Kontexts für den Mobilisierungserfolg sozialer Bewegungen diskutiert (z.B. Kitschelt 1986; Rucht 1996; Meyer 2004; Tarrow 2011; McAdam/Tarrow 2019). Dabei geht es im Kern um die Offenheit und Geschlossenheit politischer Räume und deren Resonanz in den Strategien sozialer Bewegungen (Mobilisierungsspektrum der Bewegung, Framing der Forderungen etc.). Übertragen auf den Fall *Fridays for Future* lässt sich vermuten, dass bestimmte Einstellungen der Demonstrierenden und Formen politischen Engagements mit den Umweltzielen der jeweiligen Regierungen bzw. den bereits ergriffenen nationalen Maßnahmen variieren, da diese eine Mobilisierung entweder ausbremsen oder begünstigen.

Das vorliegende Kapitel befasst sich mit nationalen Unterschieden und Gemeinsamkeiten von *Fridays for Future* als internationaler Klimabewegung. Mit dem hier präsentierten, überwiegend deskriptiven Vergleich allgemeiner empirischer Befunde soll ein Grundstein für tieferegehende Analysen im

Sinne der eingeführten Forschungsperspektive gelegt werden. Auf Basis der Daten zweier internationaler Demonstrationsbefragungen während der Globalen Klimastreiks im März und September 2019 (Wahlström u. a. 2019; de Moor u. a. 2020) wird der Frage nachgegangen, welche Differenzen sich beim Vergleich unterschiedlicher Länder im sozialen Profil und in den Einstellungen der Protestteilnehmer_innen zeigen. Entsprechend ist das Kapitel dreigeteilt: Einer ersten kurzen Vorstellung des methodischen Rahmens und der Samplingstrategie der beiden internationalen Befragungswellen folgen zweitens die Charakterisierung der *Fridays for Future*-Protestierenden auf Grundlage soziodemografischer Kriterien und drittens ein Vergleich der politischen Positionierung der Befragten in Bezug zu deren Verhältnis zu staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen und den spezifischen Anliegen der Bewegung.

Methodischer Hintergrund – internationale Demonstrationsbefragungen

Bereits Anfang 2019 hat sich spontan wie kurzfristig ein internationales Team von Protestforscher_innen zusammengeschlossen, um gleichzeitig und koordiniert die Teilnehmer_innen des ersten Globalen Klimastreiks von *Fridays for Future* zu befragen. Ziel dieses Vorhabens war es, unter Rückgriff auf eine einheitliche Methodik und unter Verwendung eines nahezu identischen Fragebogens einen Datensatz zu generieren, der einen internationalen Vergleich zwischen den einzelnen nationalen *Fridays for Future*-Protesten ermöglicht. Mitte März 2019 konnte so in 13 europäischen Städten in neun Ländern eine gemeinsame Befragung durchgeführt werden. Dabei wurden insgesamt über 10.000 Protestierende gefragt, ob sie bereit sind, an der Umfrage teilzunehmen. Davon haben 1.905 den Fragebogen ausgefüllt. Unter dem Eindruck der weiteren Mobilisierung der Bewegung wurde im September 2019 erneut eine sogar noch breitere internationale Erhebung durchgeführt. Während der als *Global Week for Future* organisierten *Fridays for Future*-Veranstaltungen hat das internationale Forscher_innenteam in 19 Städten in 16 Ländern von Australien bis Nordamerika Teilnehmer_innen der Klimaproteste befragt. Die Größe der einzelnen Protestereignisse variierte dabei erheblich und reichte von etwas mehr als 100 Menschen in Oslo bis zu einer Viertelmillion in Berlin und New York. In dieser Befragungswel-

le wurden insgesamt über 13.000 Protestierende mit einem Flyer zur Beteiligung an der Umfrage eingeladen. Insgesamt 3.154 Demonstrierende haben den Fragebogen – zumindest teilweise – ausgefüllt (Wahlström u. a. 2019; de Moor u. a. 2020).

Für den nun folgenden internationalen Vergleich werden nur diejenigen Länder berücksichtigt, in denen sowohl im März als auch im September Befragungen durchgeführt wurden, um so Veränderungen der Zusammensetzung und der Motive der Protestierenden nachzeichnen zu können. Die Bedingung begrenzt unseren Vergleich auf europäische Staaten, dabei handelt es sich um Belgien, Deutschland, Italien, Österreich, Polen, Schweden sowie die Schweiz.² Tabelle 3.1 listet die Fallzahlen und Rücklaufquoten der einzelnen Länder auf, wobei die beiden Erhebungswellen zusammengefasst dargestellt sind. Die folgende Analyse basiert auf insgesamt 3.307 ausgefüllten Fragebögen. Die Rücklaufquote liegt im Durchschnitt bei 21 Prozent und variiert zwischen 13 Prozent in Italien und 25 Prozent in Schweden. Dies sind nur auf den ersten Blick geringe Werte. Zunächst weisen junge Personen, die einen großen Teil der Teilnehmer_innen ausmachen, erfahrungsgemäß eine geringere Bereitschaft auf, Fragebögen auszufüllen als ältere Befragte (Walgrave/Verhulst 2011: 216). Darüber hinaus zeichnen sich Onlinebefragungen im Vergleich zu *Paper-Pencil*-Befragungen im Allgemeinen durch geringere Rücklaufquoten aus (Dillman u. a. 2014: 348). Nicht zuletzt können bei Protestbefragungen keine Erinnerungen an einen Fragebogen verschickt werden, da keine Kontaktdaten der Befragten vorliegen (Walgrave/Wouters/Ketelaars 2016: 87).

2 In der Mehrheit der Fälle wurde in denselben Städten befragt; in Belgien in Brüssel, in Italien in Florenz, in Österreich in Wien sowie in Polen in Warschau. Eine veränderte Konstellation gab es hingegen in der Schweiz, wo im März in Genf und Lausanne und im September in Bern befragt wurde. Partielle Veränderungen gab es in Deutschland und Schweden. In beiden Erhebungswellen wurde in Berlin, Malmö und Stockholm befragt. In Bremen wurde dagegen nur im März, in Chemnitz und Göteborg nur im September befragt.

Tabelle 3.1: Fallzahlen und Rücklaufquoten

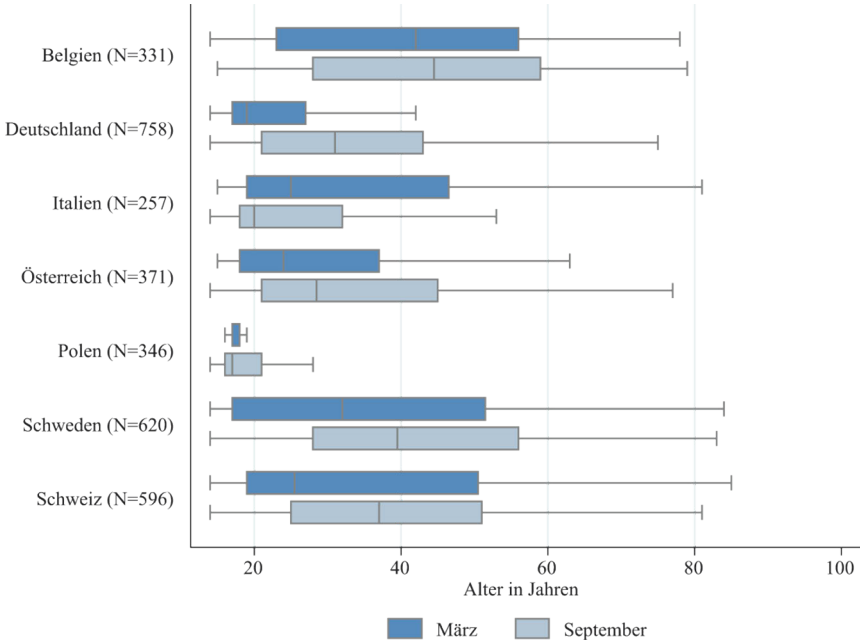
Land	Einladungen	Rückläufer	Rücklaufquote (Prozent)
Belgien	1.466	338	23
Deutschland	3.488	758	22
Italien	2.000	261	13
Österreich	1.937	374	19
Polen	1.635	348	21
Schweden	2.559	629	25
Schweiz	2.950	599	20
Gesamt	16.035	3.307	21

Die Sozialstruktur der Klimastreiks

Fridays for Future wurde in der Öffentlichkeit lange als von Schüler_innen getragene Jugendbewegung wahrgenommen. Dieses Image verdankt die Bewegung nicht zuletzt der Aktionsform des Schulstreiks (siehe Teune, Kapitel 6) sowie dem Engagement der Aktivistin Greta Thunberg, das zumindest für die frühen Mobilisierungserfolge einen wichtigen Faktor darstellte. Ein solches Bild, das, wie die Daten belegen, im Grunde bereits im März der Diversität der FFF-Bewegung nicht gerecht wird, muss spätestens mit den Ergebnissen der Befragungen zum Globalen Klimastreik im September revidiert werden (de Moor u. a. 2020). Auf vielen Demonstrationen hatte sich der Altersdurchschnitt der Teilnehmer_innen zum Teil stark erhöht. Betrachtet man das Medianalter aller Befragten, dann ist dieses zwischen März und September um sieben Jahre von 21 auf 28 Jahre gestiegen (de Moor u. a. 2020: S. 11). Der Anteil der jüngsten Alterskohorte (14- bis 19-Jährige) reduzierte sich in allen Ländern außer in Italien. Insgesamt ist eine Abnahme des Anteils dieser Altersgruppe im Schnitt um 14 Prozentpunkte zu beobachten. Sieht man einmal von der Individualebene ab und betrachtet das Alter im Ländervergleich, ergibt sich ein etwas anderes Bild. Bereits im März zeigt sich hier eine große Heterogenität beim Medianalter in den einzelnen Ländern (Abb. 3.1). Auf aggregierter Basis liegt dieses im März schon bei 25 Jahren und steigt im September dann auf 31 Jahre an.

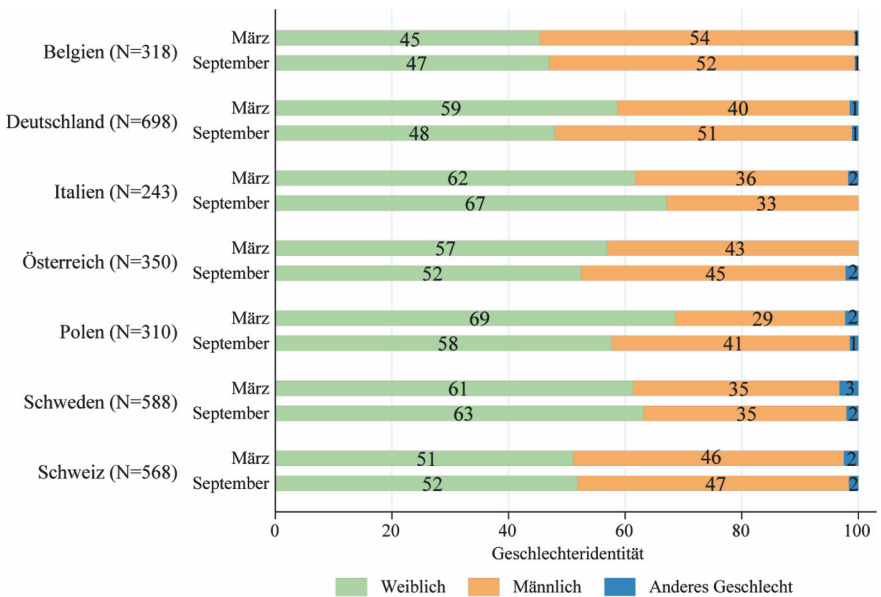
Anhand der Boxplots in Abbildung 3.1 lässt sich gut erkennen, dass in den meisten Ländern die Spannweite des Alters recht breit ist. Mit Ausnahme Polens besteht ein vergleichsweise großer Altersunterschied zwischen den jüngsten und ältesten befragten Personen. Im Hinblick auf den bereits erwähnten Trend der Verschiebung der Altersverteilung zu älteren Kohorten im September zeigen sich die größten Veränderungen in Deutschland und der Schweiz. Die Altersmarke, die die Befragten in gleich große Gruppen von Jüngeren und Älteren teilt, hat sich hier in beiden Fällen um rund zwölf Jahre auf 31 Jahre bzw. 37 Jahre erhöht. Auf Basis des Medians finden sich die ältesten Protestierenden in Belgien, wo Klimastreikende im September durchschnittlich 44,5 Jahre alt waren. Die deutlich jüngste *Fridays for Future*-Bewegung hat Polen mit einem Medianalter von 17 Jahren in beiden Erhebungswellen. In Warschau ist *Fridays for Future* – trotz der leichten Verschiebungen im September – vor allem eine Schüler_innenbewegung. Hier stellt sich die Frage, ob Erwachsene in Polen Umwelt- und Klimafragen eine geringere Bedeutung beimessen als ihre jüngeren Landsleute.

Abbildung 3.1: Altersverteilung in Jahren



Auch bei der Verteilung der Geschlechter gibt es erkennbare Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und im Vergleich der beiden Klimastreiks (Abb. 3.2). Zwar bildet die Gruppe derjenigen, die sich selbst als Mädchen und Frauen identifizieren, in den meisten Ländern im März wie im September eine Mehrheit unter den Demonstrierenden – Ausnahmen bilden hier Belgien in beiden Befragungswellen und Deutschland im September. Allerdings zeigt sich in drei von sieben Ländern ein rückläufiger Trend, der in Deutschland und Polen mit einer um elf Prozentpunkte geringeren Beteiligung von Frauen sogar zweistellig ist. Der höchste Zuwachs bei den weiblichen Demonstrierenden kann dagegen in Italien beobachtet werden, wo sich im September der Anteil von Mädchen und Frauen um fünf Prozentpunkte erhöht hat. Menschen, die sich nicht innerhalb eines dualen Genderkonzeptes verorten, sind in allen Ländern nur sehr schwach vertreten. In Schweden ist diese Gruppe mit drei Prozent am größten.

Abbildung 3.2: Geschlechteridentität in Prozent

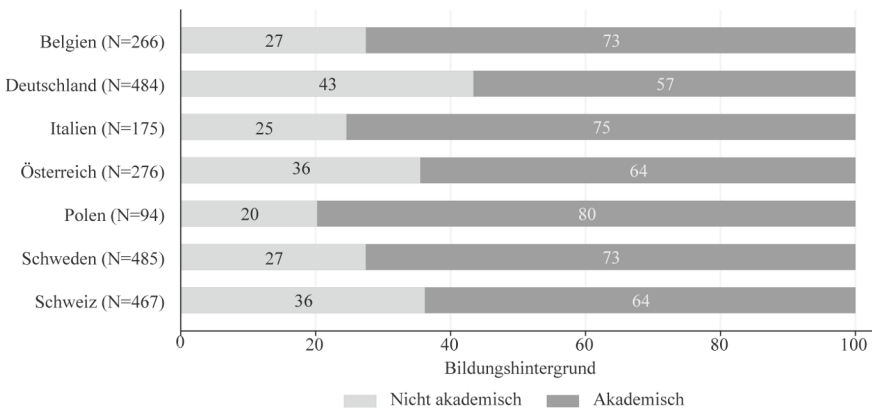


Ein Grund für die Veränderungen in der Konstellation der Geschlechteridentitäten im September ist die veränderte Altersstruktur der Septemberpro-

teste: Die Gruppe der 14- bis 25-Jährigen, die im März den größten Anteil der Demonstrierenden in beinahe allen Ländern stellte (Ausnahme ist Belgien), wurde im September in vier von sieben Ländern von der Kohorte der 26- bis 55-Jährigen als stärkste Gruppe abgelöst. Diese nun dominierende Gruppe der Erwachsenen mittleren Alters zeichnete sich bereits im März im Vergleich zu ihren jüngeren Mitstreiter_innen durch einen höheren Anteil an Männern aus. Im September hat sich der Unterschied zwischen beiden Kohorten noch weiter verstärkt.

Beim sozialen Status fällt zunächst auf, dass die untersuchten Proteste von *Fridays for Future* in den meisten Ländern von Menschen mit hohem formalen Bildungsgrad dominiert werden (de Moor u. a. 2020: S. 14, Wahlström u. a. 2019: S. 10). Diese Charakteristik wird bei der Subgruppe der Demonstrierenden deutlich, die potenziell die Chance hatten, eine akademische Ausbildung zu beginnen (Abb. 3.3). Das sind Teilnehmer_innen der Klimastreiks, die angeben, nicht mehr die Schule zu besuchen und die zum Zeitpunkt der Befragung mindestens 19 Jahre alt waren. In Polen, Belgien, Italien und Schweden liegt der Anteil dieser angehenden oder bereits abgeschlossenen Akademiker_innen in dieser Subgruppe der Befragten bei ca. 75 Prozent. In Deutschland zählen 57 Prozent in dieser Gruppe zu den Akademiker_innen.

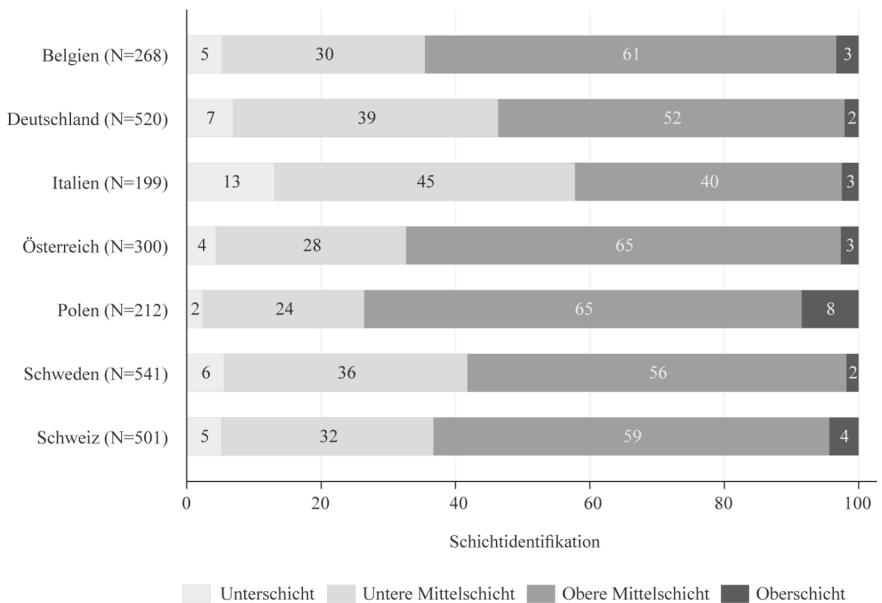
Abbildung 3.3: Bildungshintergrund³ (März und September 2019)



3 Berechnung auf Basis der International Standard Classification of Education (ISCED).

Weiterhin suggerieren die Antworten der Befragung eine Überrepräsentation des finanzkräftigeren Teils der jeweiligen Bevölkerungen unter den Protestierenden. Mit Ausnahme Italiens berichtet in allen Ländern mindestens die Hälfte der Befragten, entweder der Oberschicht oder zumindest der oberen Mittelschicht anzugehören. Mit 73 Prozent ist in Polen der Anteil der Angehörigen der Ober- und oberen Mittelschicht besonders hoch (Abb. 3.4). Die Unterschiede zwischen den Ländern sind dabei recht groß: In Italien ist der Anteil derjenigen, die sich als Teil der Oberschicht oder oberen Mittelschicht sehen, um 30 Prozentpunkte niedriger als in Polen. Tatsächlich sind diese Angaben allerdings nur sehr eingeschränkt vergleichbar, da sie nicht die Klassenzugehörigkeit im Sinne einer quantifizierten ökonomischen Kenngröße angeben und sprachlich sowie kulturell unterschiedlich verstanden werden können.

Abbildung 3.4: Identifikation mit sozialen Schichten (März und September 2019) in Prozent



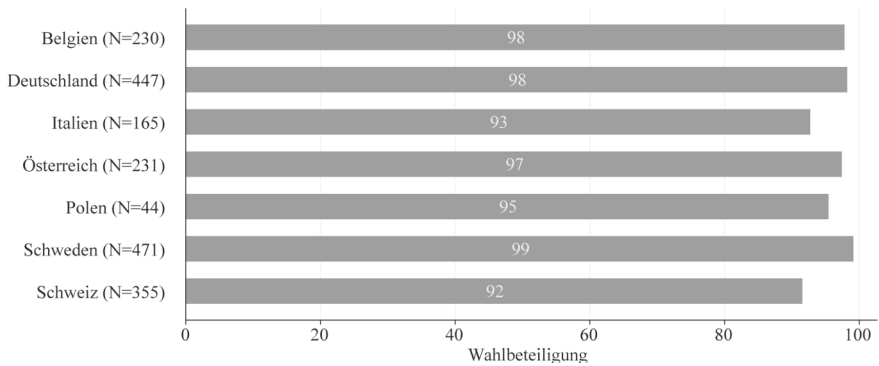
Das politische Profil der Protestierenden

Stellt man die Frage, wie einheitlich oder unterschiedlich *Fridays for Future*-Demonstrierende bezüglich ihres politischen Profils im internationalen Vergleich sind, lohnt sich zunächst ein Blick auf die Formen institutionalisierter politischer Aktivität im Rahmen von Verbänden und Parteien. Unter den Akteuren, die maßgeblich am öffentlichen Diskurs beteiligt sind, zeichnen sich politische Institutionen durch ihre besonders beständigen Strukturen aus. Sie sind nicht nur über formalisierte Mitgliedschaften mit entsprechenden Zugangs- und Aufstiegsbeschränkungen für Mitglieder auf Dauer gestellt; in der Regel vertreten sie auch durch die Verpflichtung auf eine bestimmte politische Tradition mehr oder weniger vereinheitlichte Narrative. Aktivismus in sozialen Bewegungen als eine den gesetzten Strukturen gegenläufige Kraft hat sich deshalb zwangsläufig an diesen Institutionen abzuarbeiten, indem Allianzen geschmiedet bzw. Gegenpole gebildet werden. Das Maß der Beteiligung an Wahlen, sowie der Mitgliedschaft in Parteien oder der Aktivität in Verbänden geben Hinweise darauf, wie sich Aktivist_innen hier positionieren.

Wie in Abbildung 3.5 zu sehen, ist die Wahlbeteiligung unter den wahlberechtigten Klimastreikenden⁴ durchweg sehr hoch. Im länderübergreifenden Durchschnitt liegt diese bei bemerkenswerten 97 Prozent, wobei der niedrigste Wert in der Schweiz zu finden ist: 92 Prozent der wahlberechtigten Eidgenoss_innen geben an, sich bei der letzten Wahl zum Nationalrat 2015 beteiligt zu haben. In Schweden gibt dagegen nur ein Prozent der wahlberechtigten Demonstrierenden an, nicht zur Wahl gegangen zu sein. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass bei fast allen Demonstrierenden in der Gruppe der wahlberechtigten Personen zumindest ein Grundvertrauen gegenüber dem Instrument der Wahlen und deren Fähigkeit, politische Entscheidungen zu beeinflussen, vorliegen muss.

4 Bis auf Österreich, wo Jugendliche bereits mit 16 Jahren wählen dürfen, liegt das Mindestalter für die Beteiligung an Parlamentswahlen bei den von uns betrachteten Ländern bei 18 Jahren.

Abbildung 3.5: Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Demonstrierenden bei den letzten nationalen Parlamentswahlen (März und September 2019) in Prozent



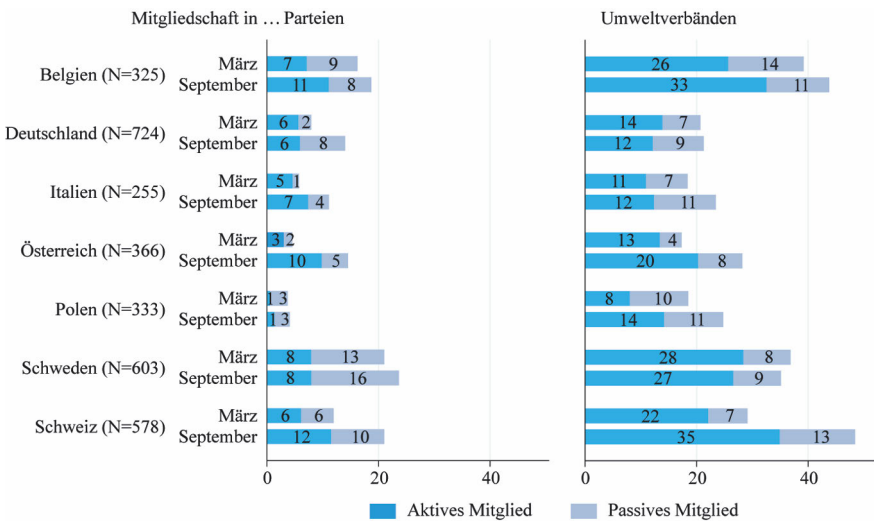
Das Bedürfnis der eigenen politischen Position im Rahmen eines Engagements in Parteien Ausdruck zu verleihen, ist dagegen insgesamt weitaus weniger stark ausgeprägt (Abb. 3.6), wobei sich hier moderate Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern zeigen. Betrachtet man die beiden Klimastreiks zusammen, so hat Schweden mit immerhin 23 Prozent den höchsten Anteil passiver oder aktiver Mitglieder in politischen Parteien. Am anderen Ende der Skala steht Polen, wo nur vier Prozent der Demonstrierenden berichten, sich in Parteien zu engagieren. In den meisten Ländern bleibt der Anteil der Parteimitglieder über die beiden Protestereignisse relativ konstant, wobei ein leichter Trend hin zu mehr Parteiaffinität im September zu beobachten ist. Etwas größere Veränderungen zeigen sich in der Schweiz und in Österreich, wo im September jeweils ein Zuwachs von zehn Prozent bei den Parteimitgliedern zu sehen ist.

Ein erkennbar größeres Interesse als an politischen Parteien haben *Fridays for Future*-Demonstrierende an der Beteiligung in Umweltverbänden (Abb. 3.6). Im Schnitt ist ungefähr jede/r fünfte Befragte in diesen zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv tätig oder unterstützt diese zumindest finanziell. Besonders hoch ist dieser Anteil in Belgien, wo im September 42 Prozent der Befragten entweder passives oder aktives Mitglied eines Umweltverbandes sind. Immerhin noch etwas mehr als ein Fünftel der Demonstrierenden in Polen (22 Prozent), Italien (21 Prozent) und Deutschland (21 Prozent) engagiert sich in solchen Vereinigungen. In Hinblick auf den Vergleich der beiden Klimastreiks sticht die Schweiz heraus, wo im September ein Plus

von 19 Prozentpunkten bei den in Umweltverbänden engagierten Protestierenden zu beobachten war. Dementsprechend repräsentierte diese Gruppe dort im September fast die Hälfte der Demonstrierenden.

Die Gründe für die allgemeinen Unterschiede beim Engagement in Parteien und Umweltverbänden sind sicherlich vielfältig. Neben der Vermutung, dass Parteimitgliedschaften als ein weniger geeignetes Mittel angesehen werden, um politische Ziele zu erreichen, als die Unterstützung von Umweltverbänden, könnten auch Zugangshürden oder ein schlechtes Image der Parteien Erklärungen liefern (siehe dazu auch unten). Letztere Vermutung relativiert sich allerdings dadurch, dass sich in den meisten Ländern mehr als zwei Drittel der Befragten im September mit einer politischen Partei identifizieren konnten (Ausnahmen sind Polen und Italien mit nur 40 Prozent bzw. 39 Prozent).

Abbildung 3.6: Mitgliedschaft in Parteien⁵ und Umweltverbänden in Prozent



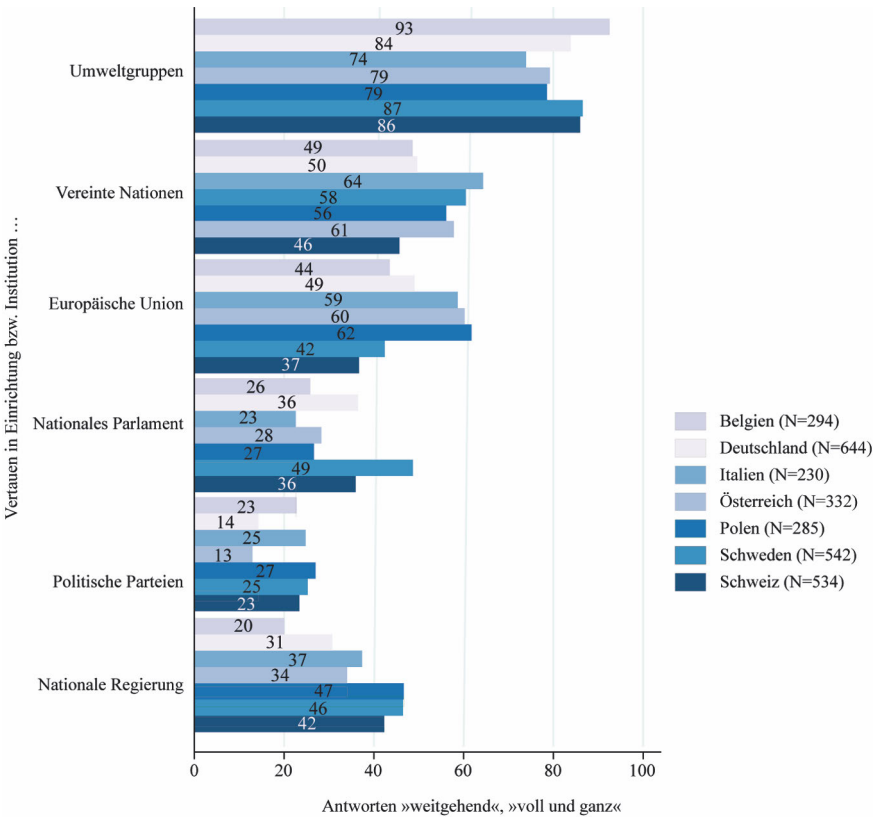
5 Bereinigt nach dem Mindestalter für Parteimitgliedschaften in den jeweiligen Ländern.

Auch beim Vertrauen in Verbände und Institutionen setzt sich das beschriebene Muster fort. Zwar zeigen die Befragten im März wie im September insgesamt wenig Vertrauen in institutionalisierte Formen der Interessenvertretung, fasst man jedoch diejenigen zusammen, die einer Institution »voll und ganz« und »weitgehend« vertrauen⁶, so erzielten die Umweltgruppen hier unisono die höchsten Vertrauenswerte; Parteien wird dagegen am wenigsten vertraut (Abb. 3.7). Hinsichtlich der Rangfolge der Vertrauenswürdigkeit fällt auf, dass internationale Institutionen wie die Europäische Union und die Vereinten Nationen größeres Vertrauen genießen als nationale Einrichtungen (Parlament oder Regierung). Entlang dieser Logik sind Umweltverbände nicht allein als Nicht-Regierungsorganisationen zu verstehen; sie haben häufig ebenfalls eine Agenda, die über die Einflussnahme des nationalen Kontexts hinausgeht. Als eindeutige Beispiele lassen sich Greenpeace oder der World Wide Fund for Nature (WWF) anführen, die als internationale NGOs agieren.

Wo verorten sich nun die *Fridays for Future*-Demonstrierenden in der politischen Arena? Bittet man die Befragten, sich auf einer Skala von politisch links (0) bis rechts (10) einzuordnen, ergibt sich auf den ersten Blick ein relativ einheitliches Bild für den Ländervergleich. In allen Ländern geben über die Hälfte der Befragten an, sich mit der politischen Linken zu identifizieren, wobei Polen mit 53 Prozent den geringsten und Schweden mit 77 Prozent den höchsten Anteil hat (Abb. 3.8). Da die Links/Rechts-Unterscheidung in Abhängigkeit vom jeweiligen nationalen Kontext mitunter unterschiedliche politische Konzepte impliziert, ist die Aussagekraft dieser Ergebnisse allerdings auf die Ebene sehr allgemeiner Orientierungen begrenzt. Zudem gibt es in allen Ländern einen vergleichsweise großen Anteil an Menschen, die entweder angeben, nicht zu wissen, wie sie sich verorten sollen, oder berichten, dass die klassische Unterscheidung in Links und Rechts keine Bedeutung für sie habe. Außer in Schweden, wo nur zehn Prozent der Befragten diese Ansichten teilen, liegt der Anteil der sich nicht als Links oder Rechts Definierenden immerhin bei ca. einem Fünftel bis einem Drittel der Demonstrierenden.

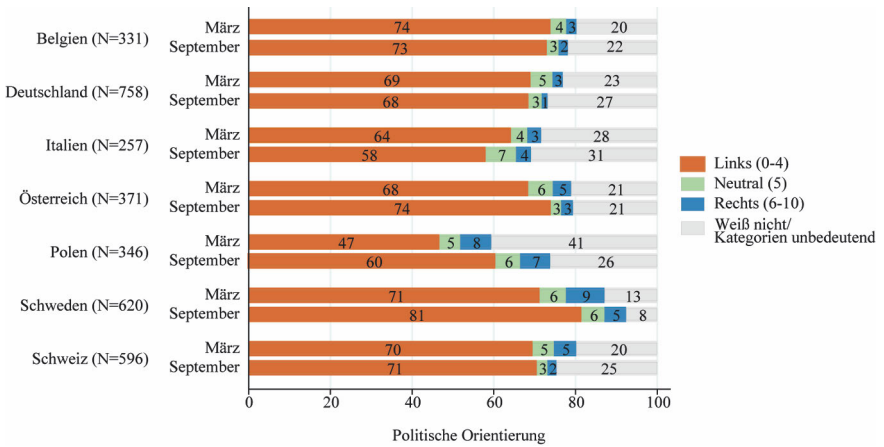
6 Abgefragt wurde eine 5-stufige Likert-Skala mit den Antwortmöglichkeiten »überhaupt nicht«, »eher nicht«, »teilweise«, »weitgehend« und »voll und ganz«.

Abbildung 3.7: Vertrauen in Einrichtungen und Institutionen in Prozent



In Abbildung 3.8 ist zu sehen, dass sich die Anteile der jeweiligen Gruppen zwischen den Klimastreiks im März und September bei der Mehrzahl der Länder nur leicht verschieben. Ausnahmen bilden Polen und Schweden, wo im September der Anteil der Befragten, die sich links positionieren, deutlich anwächst (plus 13 Prozentpunkte bzw. zehn Prozentpunkte). Die Veränderung geschieht zulasten der Gruppe, die »Weiß nicht« oder »Für mich ist diese Kategorisierung unsinnig« angegeben haben.

Abbildung 3.8: Politische Orientierung (Selbstverortung) in Prozent



Was wollen die Fridays for Future-Demonstrierenden?

Wie sieht es nun mit Gemeinsamkeiten und Unterschieden bei den konkreten inhaltlichen Forderungen der Klimastreiks aus? Befragt man die Protestierenden nach deren Zustimmung zu jenen Zielen, die im öffentlichen Diskurs zur *Fridays for Future*-Bewegung eine zentrale Rolle einnehmen, ergibt sich ein ausgesprochen homogenes Bild. Die Demonstrierenden wurden gebeten, auf einer 5-Punkte-Skala⁷ die Wichtigkeit der folgenden beiden Ziele zu bewerten:

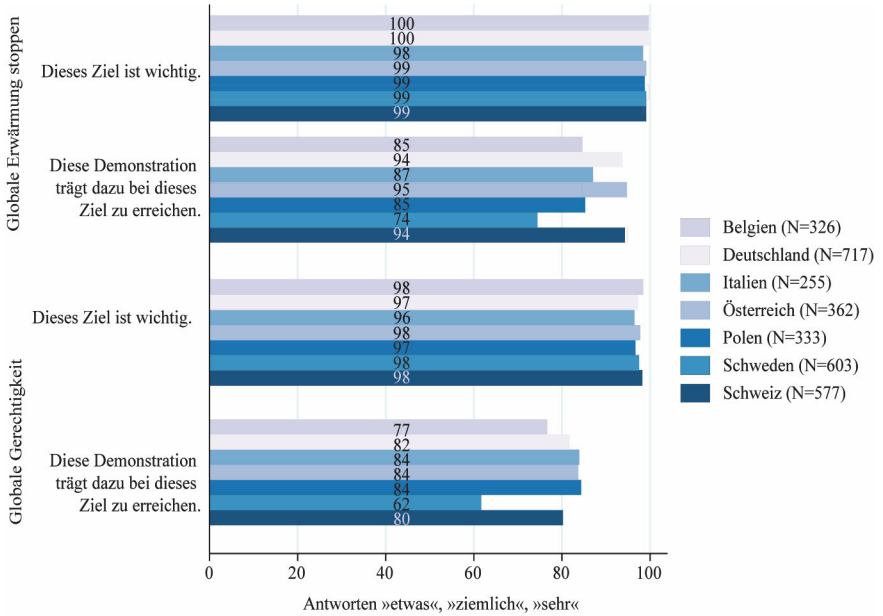
1. »Die Politiker_innen müssen ihr Versprechen einhalten, die globale Erwärmung zu stoppen.«
2. »Globale Gerechtigkeit muss durch Klimaschutz vorangetrieben werden.«

In Abbildung 3.9 sind jeweils die zustimmenden Antworten zu beiden Aussagen zusammengefasst dargestellt. Nur wenig überraschend zeigen die Er-

7 Die betreffende Frage nutzt eine Likert-Skala mit den Antwortmöglichkeiten »überhaupt nicht«, »eher nicht«, »etwas«, »ziemlich«, »sehr«.

gebnisse, dass sich über die Länder hinweg nahezu alle befragten Demonstrierenden bei der Wichtigkeit der Forderungen nach dem Stopp der globalen Erwärmung und nach Klimagerechtigkeit einig sind. Interessanter in Bezug auf unsere Ausgangsfrage nach den Unterschieden nationaler politischer Rahmenbedingungen für Bewegungen, sind die Befunde aus dem zweiten Teil der Frage. Darin wurden die Demonstrierenden angehalten, eine Einschätzung zum Einfluss der Demonstration auf die Erreichung der oben genannten Ziele zu geben. Obwohl insgesamt eine überwiegend optimistische Haltung zutage tritt, zeigen sich Unterschiede sowohl zwischen den einzelnen Aussagen als auch zwischen den Ländern. Bezüglich der Eindämmung der Klimaerwärmung (Ziel 1) gibt es unter den Befragten in allen Ländern eine größere Zuversicht, was den Einfluss der Protestaktionen anbelangt, als wenn es um die Umsetzung des Projekts der Klimagerechtigkeit (Ziel 2) geht. So geben 95 Prozent in Österreich an, dass sie der Aussage zustimmen, die Demonstration trage dazu bei, das erste Ziel zu erreichen. Dagegen glauben nur 62 Prozent der Schwed_innen, dass die Demonstrationen wirkungsvoll für die Erreichung von mehr Klimagerechtigkeit (Ziel 2) sind. Generell zeigen die Schwed_innen die geringste Hoffnung bezüglich der Wirkkraft der Proteste. Die größte Zuversicht in Sachen Klimagerechtigkeit haben dagegen die italienischen Klimastreikenden (84 Prozent Zustimmung). Im Schnitt liegen die Unterschiede zwischen den Extrema der jeweiligen Zielstellung im Ländervergleich bei immerhin etwas mehr als 20 Prozent.

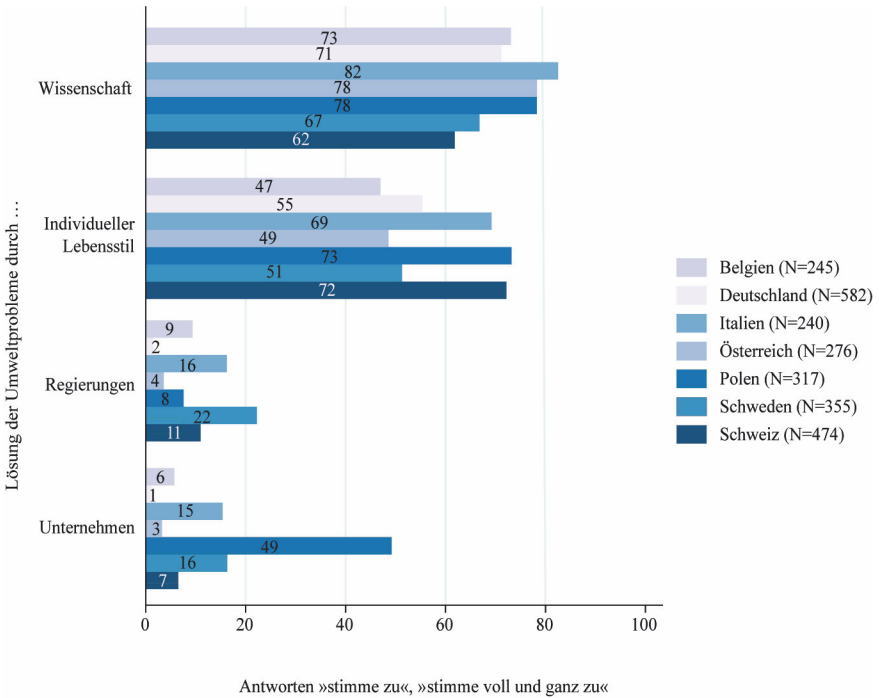
Abbildung 3.9: Zustimmung zu Bewegungszielen und Einschätzung der politischen Wirkung der Proteste in Prozent



Auch wenn es darum geht, zu benennen, welche Akteure am besten in der Lage sind, Lösungen für die durch *Fridays for Future* thematisierten Umwelt- und Klimaprobleme herbeizuführen, lassen sich bei genauer Betrachtung heterogene Antwortmuster beobachten. Zwar gibt es eine große Übereinstimmung, was die Rangfolge der genannten Akteure betrifft – in fünf von sieben Ländern steht an erster Stelle die Wissenschaft, gefolgt von individuellen Entscheidungen, der Regierung und schließlich Unternehmen (Abb. 3.10). Beim Maß der Zustimmung weichen die Länder allerdings im Extremfall im zweistelligen Prozentbereich voneinander ab. Polen und die Schweiz bilden solche Sonderfälle: Schweizer Befragte sehen in individueller Lebensstiländerung noch vor der Wissenschaft das beste Mittel, der Klimaproblematik zu begegnen. In Polen setzen Befragte dagegen vergleichsweise großes Vertrauen in das Lösungspotenzial des freien Marktes marktwirtschaftlicher Akteure. Unternehmen nehmen hier mit einem hohen Vertrauenswert von 49 Prozent den dritten Rang ein. In Abbildung 3.10 sind die Antworten vom März und

September zusammengefasst dargestellt. Ein Vergleich beider Befragungswellen zeigt eine steigende Zuversicht in die Wissenschaft bei abnehmendem Vertrauen in freiwilliges individuelles Handeln als Weg aus der Klimakrise.

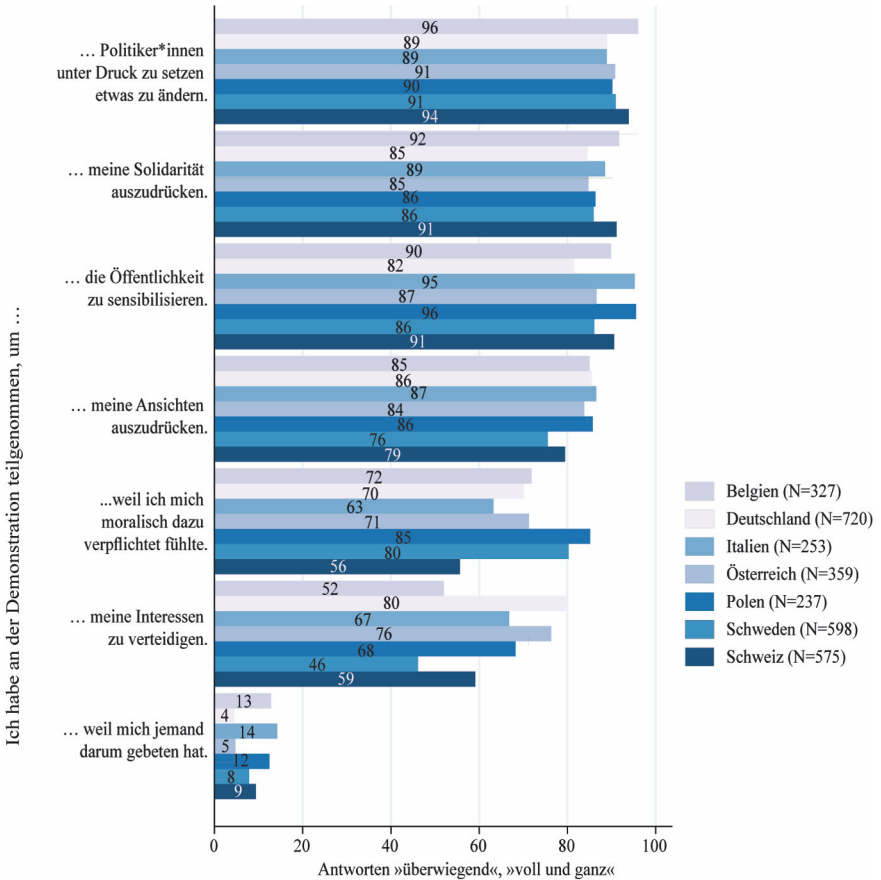
Abbildung 3.10: Zustimmung zu Lösungswegen (Akteure) in Prozent



Um etwas mehr über die engeren Motive herauszufinden, die die Befragten dazu veranlasst haben, sich an den Klimastreiks zu beteiligen, wurden spezifische Motivationen in Form von standardisierten Antworten unter Verwendung einer fünfstufigen Likert-Skala abgefragt. Dabei konnten sich die Befragten zustimmend oder ablehnend zu den jeweiligen Motiven äußern. Im Balkendiagramm in Abbildung 3.11 sind die Häufigkeitsverteilungen der beiden zustimmenden Antwortkategorien »überwiegend« und »voll und ganz« zusammengefasst dargestellt. Die drei Motive, die die höchsten Zustimmungswerte – in allen Ländern mehr als 80 Prozent – erzielen, betreffen zum einen nach außen gerichtete Aspekte im Sinne der Einflussnahme auf den öffentlichen Diskurs (»Politiker_innen unter Druck setzen«, »Öf-

fentlichkeit sensibilisieren«), zum anderen scheint es um den Zusammenhalt der Bewegung («Solidarität auszudrücken») bzw. deren Repräsentation zu gehen.

Abbildung 3.11: Zustimmung zu Motiven für die Teilnahme am Klimastreik (März und September 2019) in Prozent



Größere Unterschiede zwischen den Ländern werden bei Motiven sichtbar, die besonders deutlich die Persönlichkeit der Demonstrierenden hervorheben. Das betrifft das Gefühl der moralischen Verpflichtung und die Verteidigung der eigenen Interessen. Moralische Erwägungen scheinen in Polen,

wo 85 Prozent der Befragten diesem Motiv zustimmen, eine wichtige Rolle im Mobilisierungsprozess zu spielen. Demselben Motiv stimmen dagegen in der Schweiz nur 56 Prozent der befragten Teilnehmer_innen zu. Besonders hohe Zustimmungswerte, zu eigenen Interessen als Motiv auf die Straße zu gehen, gibt es unter den Mitstreiter_innen in Deutschland (80 Prozent) und Österreich (76 Prozent). In Schweden und Belgien teilt diese Haltung nur rund jede/r Zweite unter den Befragten.

Der Einfluss Greta Thunbergs

Wenn es um Aspekte der Motivation für die Beteiligung an Klimaprotesten geht, ist Greta Thunberg – das Gesicht der *Fridays for Future* – fraglos eine naheliegende Einflussgröße. Schließlich geht die Bewegung auf ihre Initiative zurück. Es ist zu vermuten, dass der Vorkämpferinnencharakter Thunbergs und ein daraus resultierendes Identifikationspotenzial für viele Demonstrierende eine Rolle im Mobilisierungsprozess gespielt hat. Dafür spricht auch, dass Thunbergs Protestaktionen sowie ihre zahlreichen Auftritte auf den nationalen und internationalen Bühnen der Politik (u. a. UN-Klimakonferenz COP24 in Katowice/Polen, Weltwirtschaftsforum in Davos, Europäisches Parlament) eine vergleichsweise detaillierte ideologische Schablone für die Bewegung liefern. Im Sinne politischer Gelegenheitsstrukturen schlagen die Reden Thunbergs eine wichtige Brücke zwischen den nationalen und internationalen Mobilisierungsumgebungen der Bewegung.

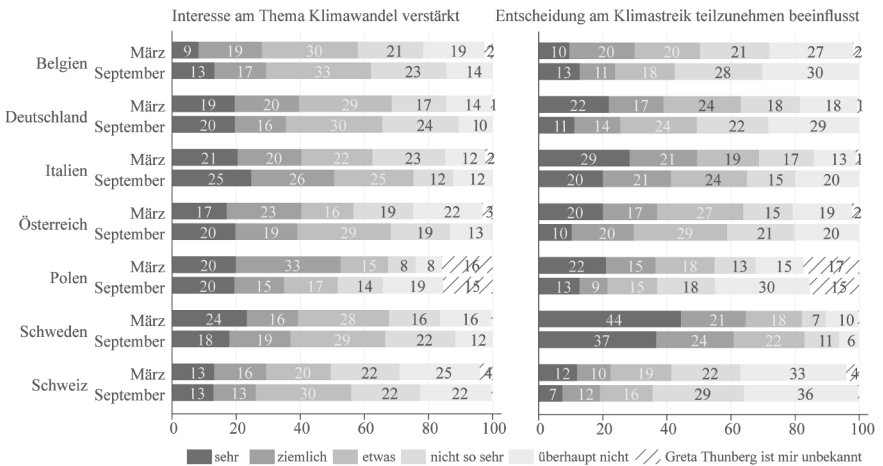
Blickt man auf die internationalen Erhebungsdaten, lässt sich die Vorstellung einer starken Leitfigur und eines Rollenmodells Thunberg nur eingeschränkt stützen (Abb. 3.12). Auf die Frage, ob Greta Thunberg das Interesse am Klimawandel verstärkt hat, antworten im Länderdurchschnitt 37 Prozent der Befragten, Thunberg habe ihr Interesse »ziemlich« oder »sehr« geweckt, während 35 Prozent mit »überhaupt nicht« und »nicht so sehr« antworteten. 36 Prozent der Demonstrierenden berichteten darüber hinaus, dass Thunberg zu deren Entschluss beigetragen habe, am Klimastreik teilzunehmen (Antworten »ziemlich« und »sehr«), wobei hier 40 Prozent einen derartigen Einfluss der Aktivistin verneinen (Antworten »überhaupt nicht« und »nicht so sehr«).

Im zeitlichen Verlauf ist eine leichte Abnahme des ›Greta-Effekts‹ zu beobachten. Der Anteil derjenigen Teilnehmer_innen der Klimawoche vom

September 2019, die Thunbergs Rolle für ihr Interesse am Klimawandel bejahten, sank um vier Prozentpunkte; knapp sieben Prozent weniger gaben an, die schwedische Klimaaktivistin habe ihre Entscheidung zur Teilnahme an den entsprechenden *Fridays for Future*-Protesten beeinflusst.

Legt man das Augenmerk auf den internationalen Vergleich, zeigt sich ein differenziertes Bild. Den geringsten Einfluss auf das individuelle Interesse am Klimawandel hat Thunberg in der Schweiz. Mit knapp 28 Prozent gibt hier nur jede/r Fünfte der Protestierenden an, Thunberg habe das Interesse am Klimawandel »ziemlich« oder »sehr« gesteigert – das sind 17 Prozentpunkte weniger als in Polen, dem Land mit dem höchsten Anteil an Befragten, die auf den Einfluss Thunbergs verweisen. Entsprechend hat die schwedische Klimaaktivistin den größten Einfluss auf die Teilnehmer_innen des *Młodzieżowy Strajk Klimatyczny* (MSK), wie der polnische Ableger der *Fridays for Future*-Bewegung heißt: Mit 45 Prozent gab knapp die Hälfte an, Thunberg habe ihr Interesse an dem Thema »ziemlich« oder »sehr« beeinflusst.⁸

Abbildung 3.12: Greta Thunbergs Rolle für das Interesse am Klimawandel und für die Entscheidung zur Teilnahme am Klimastreik in Prozent



8 Für den Fall Polens ist einschränkend darauf hinzuweisen, dass in keinem anderen Land Greta Thunberg auch nur annähernd so vielen Protestierenden unbekannt war. Selbst im September gaben immer noch 15 Prozent der Teilnehmer_innen des Klimastreiks in Warschau an, Thunberg nicht zu kennen.

Betrachtet man die Entwicklung des Antwortverhaltens über Zeit, so gibt es nur in zwei Fällen größere Veränderungen. Der Einfluss Thunbergs auf das Interesse am Klimawandel war in Polen im März 2019 mit 53 Prozent wesentlich größer als im September, als dieser Wert mit 35 Prozent genau im internationalen Durchschnitt lag. Thunbergs Rolle hat hier um 18 Prozentpunkte abgenommen – das ist die größte Veränderung im Sample. Zugenommen hat hingegen der Einfluss Thunbergs auf das Klimabewusstsein in Italien um zehn Prozentpunkte auf 51 Prozent. Während sich die Veränderungen in den übrigen Ländern in einem moderaten Rahmen bewegen, haben Italien und Polen entgegengesetzte und weitreichende Verschiebungen zu verzeichnen, die einer Erklärung bedürfen. In Polen zumindest könnte dieser Trend mit der Rede Greta Thunbergs auf der UN-Klimakonferenz COP24 in Katowice erklärt werden, die sie am 4. Dezember 2018 gehalten hatte und die ganz offenbar Eindruck hinterlassen hat.

Bei der Frage nach dem Einfluss Greta Thunbergs auf die Entscheidung, sich dem Klimastreik anzuschließen, ist wenig überraschend, dass der ›Greta-Effekt‹ in ihrem Heimatland Schweden mit Abstand am stärksten ausfällt. Mit 62 Prozent haben beinahe doppelt so viele Befragte wie im Länderdurchschnitt angegeben, »ziemlich« oder »sehr« dem Beispiel ihrer Landsfrau gefolgt zu sein. Wiederum den geringsten Einfluss hatte Thunberg auf die Entscheidung der Schweizer_innen. Beinahe 60 Prozent verneinten hier einen Einfluss der schwedischen Klimaaktivistin, wobei der Anteil derjenigen, die ihre Entscheidung »überhaupt nicht« und »nicht so sehr« durch Thunberg beeinflusst sahen, zwischen März und September um elf Prozent gestiegen ist. Überhaupt ist zu beobachten, dass die Bedeutung der Leitfigur Greta Thunberg für die individuelle Entscheidung, sich an einem Klimastreik zu beteiligen, mit einer Ausnahme abnimmt. Während es in Schweden die geringsten Veränderungen gab, nahm der Wert derjenigen Teilnehmer_innen mindestens um fünf Prozent zu, die die Rolle Thunbergs für »überhaupt nicht« oder »nicht so« wichtig für ihre Teilnahmeentscheidung sahen. Die größte Dynamik gab es erneut in Polen, wo die Verneinung der Vorbildfunktion Gretas um 20 Prozentpunkte (von 28 Prozent auf 48 Prozent) zunahm. Mit der Zeit scheinen die lokalen Strukturen und Entscheidungsträger_innen von *Fridays for Future* an Bedeutung gewonnen zu haben, weshalb die Mobilisierungskraft der Initiatorin der Bewegung wohl nur in ihrem Heimatland stabil hoch bleibt. International scheint die Mobilisierung dagegen weniger von der Einzelperson Thunberg abhängig zu sein.

Fazit

Das Grundanliegen dieses Kapitels besteht in einer explorativen Auseinandersetzung mit den internationalen Befragungsdaten zu zwei der vier Globalen Klimastreiks der *Fridays for Future*-Bewegung im Jahr 2019. Wir verzichten daher hier auf eine ausführliche zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse. Stattdessen werden wir auf der Grundlage der Befunde einige Bereiche vorschlagen, in denen wir das größte Potenzial für zukünftige Forschung sehen. Wir haben eingangs die Frage gestellt, welche Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede zwischen den Teilnehmer_innen der *Fridays for Future*-Klimastreiks in Abhängigkeit von verschiedenen nationalen Kontexten und unter Berücksichtigung des zeitlichen Verlaufs des Mobilisierungsprozesses bestehen. Aus allgemeiner Perspektive kann zunächst festgehalten werden, dass sich sehr ähnliche Muster im sozialen Profil und in den politischen Orientierungen der Befragten zeigen. Nationale Unterschiede werden erst in den Details in Form von Abweichungen einzelner Länder vom allgemeinen Trend sichtbar – wie beispielsweise im Kontext persönlicher Motivationen für die Protestbeteiligung oder in der Bewertung von Lösungswegen für die Klimakrise. Interessanterweise ist aus international vergleichender Perspektive das Alter der Teilnehmer_innen im Sinne einer Rekrutierung aus der homogenen Gruppe der Schüler_innen keine grundsätzliche Gemeinsamkeit.

Typische *Fridays for Future*-Protestierende geben an, der oberen Mittelschicht anzugehören, hochgebildet zu sein und sich mit der linken Seite des politischen Spektrums zu identifizieren. Zwar haben sie offensichtlich ein Grundvertrauen in Wahlen als Instrument politischer Partizipation, dem steht aber ein geringes Vertrauen in die nationalen politischen Institutionen (Parteien, Regierungen und Parlamente) gegenüber. Bemerkenswert ist, dass die Demonstrierenden aus dieser skeptischen Grundhaltung heraus ihre Hoffnungen in solche Einrichtungen setzen, auf die sie unter anderem wegen deren vollständiger oder teilweiser Ansiedlung im internationalen Raum weit weniger Einfluss mit demokratischen Mitteln ausüben können als auf Einrichtungen im nationalen Kontext. Dazu zählen neben den entsprechenden politischen Institutionen wie der Europäischen Union und den Vereinten Nationen auch Umweltverbände und die Wissenschaft.

Aus diesen Erkenntnissen lassen sich im Hinblick auf eine tiefergehende Forschung zwei Perspektiven ableiten: Zum einen ist es wünschenswert zu

erfahren, wie es möglich ist, dass es zwischen den durch unterschiedliche politische Institutionen und Kulturen geprägten Ländern so große Gemeinsamkeiten bezüglich der genannten Orientierungen gibt. Eine interessante Frage, die sich daran anschließt und hier gestellt werden könnte, ist, welche Rolle internationalen Institutionen im Mobilisierungsprozess zukommt. Werden diese beispielsweise im Sinne des »boomerang pattern« (Keck/Sikking 1998) als ein Mittel gesehen, auf nationale Regierungen über Umwege Einfluss zu nehmen? Eine andere Frage wäre, inwiefern ein geteiltes technokratisches Verständnis von Politik zur vergleichsweise positiven Sichtweise auf internationale Institutionen und Akteure beiträgt.

Weiter wäre zu klären, warum es in einzelnen Ländern zu Abweichungen von den allgemeinen Mustern kommt. Im Fall Polens – als einziges ostmitteleuropäisches Transformationsland im Vergleich – rückt das beispielsweise die Verknüpfung bestimmter politischer und kultureller Kontexte in den Fokus: Schwach ausgeprägte Umweltbewegungen sowie das Fehlen einer etablierten grünen Partei könnten etwa das junge Alter der *Fridays for Future*-Demonstrierenden erklären. Polens Jugendliche stoßen anscheinend in eine Lücke vor, welche die etablierte Politik und die Erwachsenen hinterlassen haben. Das Fehlen einer nennenswerten Umweltpartei, gepaart mit der immensen politischen und moralisch aufgeladenen Polarisierung zwischen zwei konservativen Parteien, der nationalistischen PiS (Recht und Gerechtigkeit) und der (neo-)liberalen PO (Bürgerplattform), erklären möglicherweise auch das im Vergleich wesentlich geringer ausgeprägte parteipolitische Engagement unter der klimabewegten Jugend Polens. Derartige Fragen müssten für die jeweiligen nationalen Kontexte diskutiert werden.

Mit der Verschärfung der Klimaproblematik wird das Mobilisierungspotenzial der *Fridays for Future*-Bewegung in nächster Zeit kaum verschwinden. Aus langfristiger Perspektive stellt sich die spannende Frage, wie der durch die Bewegung aufgebaute Veränderungsdruck in den jeweiligen politischen Institutionen verarbeitet wird und wie sich das Profil der Bewegung entsprechend entwickelt.

Literatur

- Agostino, Ana, Lizarde, Rosa (2012): Gender and Climate Justice, in: Wendy Harcourt (Hg.), *Women Reclaiming Sustainable Livelihoods*, London: Palgrave Macmillan, S. 257–265.
- Almeida, Paul (2019): Climate Justice and Sustained Transnational Mobilization, in: *Globalizations* 16, S. 973–979.
- Chase-Dunn, Christopher/Almeida, Paul (2020): *Global Struggles and Social Change: From Prehistory to World Revolution in the Twenty-First Century*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Cole, Luke W./Foster, Sheila R. (2001): *From the Ground up: Environmental Racism and the Rise of the Environmental Justice Movement*. New York: New York University Press.
- De Moor, Joost (2018): The »Efficacy Dilemma« of Transnational Climate Activism: The Case of COP21, in: *Environmental Politics* 27, S. 1079–1100.
- De Moor, Joost/Uba, Katrin/Wahlström, Mattias/Wennerhag, Magnus/De Vydt, Michiel (Hg.) (2020): Protest for a Future II: Composition, Mobilization and Motives of the Participants in *Fridays for Future* Climate Protests on 20–27 September 2019, in 19 Cities around the World, <https://osf.io/3hcxs>.
- De Moor, Joost/Uba, Katrin/Wahlström, Mattias/Wennerhag, Magnus/De Vydt, Michiel/Almeida, Paul/Gardner, Beth G./Kocyba, Piotr/Neuber, Michael/Gubernat, Ruxandra/Kolczyńska, Marta/Rammelt, Henry/Davies, Stephen (2020): *Fridays for Future – an Expanding Climate Movement*, in: Joost de Moor/Katrin Uba/Mattias Wahlström/ Magnus Wennerhag/ Michiel De Vydt: *Protest for a Future II: Composition, Mobilization and Motives of the Participants in Fridays for Future Climate Protests on 20–27 September, 2019, in 19 Cities Around the World*, S. 6–33.
- Dietz, Matthias/Garrelts, Heiko (Hg.) (2013): *Die internationale Klimabewegung: ein Handbuch*, Wiesbaden: Springer VS.
- Dillman, Don A./Smyth, Jolene D./Christian, Leah M. (2014): *Internet, Phone, Mail and Mixed-Mode Surveys: The Tailored Design Method*, Hoboken (NJ): Wiley.
- Emilsson, Kajsa/Johansson, Håkan/Wennerhag, Magnus (2020): Frame Disputes or Frame Consensus? »Environment« or »Welfare« First Amongst Climate Strike Protesters, in: *Sustainability* 12, S. 882.

- Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn (1998): *Activists beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics*, Ithaca (NY): Cornell University Press.
- Kitschelt, Herbert P. (1986): Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-nuclear Movements in four Democracies, in: *British Journal of Political Science*, 16, S. 57–85.
- Martinez-Alier, Joan/Temper, Leah/Del Bene, Daniela/Scheidel, Arnim (2016): Is there a Global Environmental Justice Movement?, in: *The Journal of Peasant Studies* 43, S. 731–755.
- McAdam, Doug/Tarrow, Sidney G. (2019): The Political Context of Social Movements, in: David A. Snow/Sarah A. Soule/Hanspeter Kriesi/Holly J. McCammon (Hg.), *The Wiley Blackwell Companion to Social Movements*, Wiley-Blackwell, S. 19–36.
- Meyer, David S. (2004): Protest and Political Opportunities, in: *Annual Review of Sociology* 30, S. 125–145.
- Rucht, Dieter (1996): The Impact of National Contexts on Social Movement Structures: A Cross-movement and Cross-national Comparison, in: Doug McAdam/John D. McCarthy/Mayer N. Zald (Hg.), *Comparative Perspectives on Social Movements: Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 185–204.
- Schlosberg, David/Collins, Lisette B. (2014): From Environmental to Climate Justice: Climate Change and the Discourse of Environmental Justice: Climate Change and the Discourse of Environmental Justice, in: *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change* 5, S. 359–374.
- Tarrow, Sidney G. (2011): *Power in Movement: Social Movements and Contentious Politics*, Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Terry, Geraldine (2009): No Climate Justice without Gender Justice: an Overview of the Issues, in: *Gender & Development* 17, S. 5–18.
- Van Stekelenburg, Jacquélien/Walgrave, Stefaan/Klandermans, Bert/Verhulst, Joris (2012): Contextualizing Contestation: Framework, Design, and Data, in: *Mobilization: An International Quarterly* 17, H. 3, S. 249–262.
- Wahlström, Mattias/Kocyba, Piotr/De Vydt, Michiel/de Moor, Joost (Hg.) (2019): Protest for a Future: Composition, Mobilization and Motives of the Participants in *Fridays for Future* Climate Protests on 15 March,

2019 in 13 European Cities, https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2019/07/20190709_Protest-for-a-future_GCS-Descriptive-Report.pdf.

Walgrave, Stefaan/Verhulst, Joris (2011): Selection and Response Bias in Protest Surveys, in: *Mobilization: An International Quarterly* 16, H. 2, S. 203–222.

Walgrave, Stefaan/Wouters, Ruud/Ketelaars, Pauline (2016): Response Problems in the Protest Survey Design: Evidence from Fifty-One Protest Events in Seven Countries, in: *Mobilization: An International Journal* 21, H. 1, S. 83–104.

